

Presseerklärung

Bürgermeister und Gemeinderäte ignorieren den Bürgerwillen – die Kommunalaufsicht muss eingreifen

Die Bürgerinitiative „Gegenwind Altötting“ beklagt die zunehmende Blockadehaltung gewählter Volksvertreter.

In Mehring weigerten sich Bürgermeister Buchner und der Gemeinderat, die Vorgaben des Bürgerentscheids umzusetzen. Eine schriftliche Aufforderung vom 17.10.24, alle rechtlich zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Errichtung von Windkraftanlagen im Gemeindegebiet zu verhindern, wurde ignoriert. Eine weitere Aufforderung vom 5.11.24 wurde zwei Wochen später ablehnend beantwortet. Ein weiteres Schreiben an Bürgermeister Buchner, mit dem Hinweis, dass die Vorgabe des Bürgerentscheids bindend sei, wurde ebenfalls nicht beantwortet, weshalb sich ein Vertreter des Volksbegehrens an die Kommunalaufsicht wendete. Diese wies die Gemeinde Mehring nun auf die Verpflichtung hin, rechtliche Maßnahmen zu ergreifen.

Bürgermeister sowie Stadt- und Gemeinderäte sind vom Bürger gewählt, um deren Interessen zu vertreten. Kommunalvertreter sind der gesamten Bevölkerung verpflichtet und sollten ein offenes Ohr für jeden Bürger und jedes Anliegen haben. Vor allem dann, wenn man auf Dinge hinweist, die schwerwiegende Folgen für die Gemeinde haben könnten.

Aus diesem Grund hat die BI „Gegenwind Altötting“, im Sinne der Schadensbegrenzung, zum Schutz der Bevölkerung, Natur und Umwelt in einem offenen Brief zahlreiche Bedenken und Forderungen zum Windkraftprojekt eingebracht. Darin ging es um Brandschutz, Abschaltvorrichtungen, Rückbaukosten, Sicherheitsleistungen, Ausgleichszahlungen, Aufforstung uvm. (siehe www.gegenwind-altoetting.de/Forderungen)

Anstatt die Anregungen des Briefes, wie oben beschrieben, ernst zu nehmen, erreichten uns von zwei Gemeinderäten negative Reaktionen. So zeigte sich der Neuöttinger SPD-Vorsitzenden Jürgen Gastl nicht interessiert an den Anregungen und Wünschen von uns Bürgern, sondern drohte mit einer kostenpflichtigen Abmahnung, falls ihm nochmals Nachrichten per E-Mail geschickt werden sollten. Auch Maria Kapsner, Kreisrätin der Grünen, will keine weiteren Informationen von uns erhalten.

Es ist erschreckend und auch enttäuschend, dass gut gemeinte Hinweise und Empfehlungen zur Verhinderung der durch den Windpark erwartbaren Schäden schlicht ignoriert werden, weil diese der eigenen Ideologie nicht entsprechen.

Die Bürgerinitiative
Gegenwind Altötting

Altötting, 15.12.2024